



Gemeinsame Stellungnahme im Rahmen der öffentlichen Konsultation des Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz, und nukleare Sicherheit zu den Referentenentwürfen des Vertragsgesetz zur Ratifizierung der Änderung von Art. 6 des Londoner Protokolls und Erstem Gesetz zur Änderung des Hohe-See-Einbringungsgesetzes

Berlin, den 5.9.2025

BUND, Greenpeace, Deutsche Umwelthilfe und Forum Umwelt und Entwicklung lehnen die vorgeschlagenen Änderungen des Hohe-See-Einbringungsgesetzes und London-Protokolls ab.

Die deutschen Meere sind wertvolle Ökosysteme. Ressourcenausbeutung, Verschmutzung und Klimakrise setzen sie schon jetzt massiv unter Druck. Die letzten Zustandsbewertungen der deutschen Nord- und Ostsee im Rahmen der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie, die im letzten Jahr an die EU gemeldet wurden, zeigen, dass sich die Meere in einem schlechten Zustand befinden. Trotzdem plant die Bundesregierung nun, die Einbringung von zusätzlichen, potenziell oder sicher schädlichen Stoffen mit der entsprechenden Infrastruktur (Terminals, Pipelines, Bohrtürme, Schiffsverkehre etc.) zu ermöglichen.

Wir lehnen dieses Vorhaben ab!

Absenkung des Schutzniveaus des HSEG

Das Hohe-See-Einbringungsgesetz (HSEG) soll dem Schutz der Meere dienen und darf durch die vorgesehenen Änderungen nicht ausgehöhlt werden. Seit 1998 ist das Einbringen von Abfällen und sonstigen Stoffen und Gegenständen in die Hohe See verboten (bisher § 4 Satz 1 HSEG). Internationale Grundlage ist das London-Protokoll, das seit 1996 ein generelles Einbringungsverbot verankert. Das Gesetz diene bisher dazu, den Schutz der Meeresumwelt vor Verschmutzung durch menschliche Aktivitäten zu gewährleisten. Dieser Schutzgedanke des Gesetzes und der damit verbundenen internationalen Gesetzgebung darf nicht leichtsinnig geopfert werden.

CCS birgt hohe Risiken für die Meeresumwelt

Mit CCS soll CO₂ aus deutschen Industrie- und Energieanlagen unter dem Meeresboden der deutschen Meere verpresst werden. Dafür soll das CO₂ über ein mindestens 4500 Kilometer langes Pipeline-Netz quer durch Deutschland zu den geplanten Endlagern im Meer transportiert werden. Bei diesem geplanten CO₂-Pipeline-Netz für industriell abgeschiedenes

CO₂ handelt es sich nicht um reines CO₂. Im Gegenteil, es ist wahrscheinlich, dass CO₂ schlechtesten Qualität in den Meeresboden gepresst wird.

Ein potenziell toxischer Mix an Begleitstoffen wie Kohlenwasserstoffe, Stickoxiden, Schwefel, Schwefelwasserstoffe, Quecksilber und Ammoniak (Nebenbestandteile des Kohlendioxidstroms) wird in nicht unerheblichen Mengen gleichzeitig mit unter dem Nordseeboden deponiert werden. Durch mögliche CO₂-Leckagen am Meeresboden kann Kohlensäure entstehen, die zu Wasserversauerung führt – mit tödlichen Folgen für Meeresbewohner wie Muscheln oder Mikroorganismen. Schon heute strömt aus tausenden alten Bohrlöchern Methan.

Hierzu kommt eine wahrscheinliche Verunreinigung durch die in den CO₂-Rohren oder als Tracer in den Deponien eingesetzten Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS), auch als Ewigkeitschemikalien bekannt.¹ Diese belasten die Küsten der deutschen Ost- und Nordsee schon heute immens. Mit PFAS verunreinigter Meeresschaum sollte insbesondere von Kindern bereits jetzt schon nicht berührt werden.²

CCS geht auch mit einem stark erhöhten Eintrag von Unterwasserlärm einher. Die seismischen Untersuchungen mittels Schallkanonen, die zum Auffinden der Lagerstätten und später zur Sicherstellung der Dichtigkeit und Eintragsmenge in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden müssen, gehören zu den lautesten Geräten, die unter Wasser eingesetzt werden. Seismische Aktivitäten können in einem Umkreis von bis zu 300.000 km² die normalen Hintergrundgeräusche um das Hundertfache übersteigen. See-Seismik ist aufgrund der häufigen und extrem starken Schall-Impulse (bis 260 Dezibel) für Meerestiere extrem gefährlich, sie können dadurch vertrieben oder getötet werden.³ Dies gilt in den deutschen Meeren unter anderem für Schweinswale.⁴

Potentiale von natürlichem Klimaschutz stärken statt zerstören

Der wissenschaftliche Beirat für Natürlichen Klimaschutz (WBNK) hat zuletzt in seinem Gutachten gezeigt, welches großes Potential im Meer für den natürlichen Klimaschutz besteht.⁵ Diese Potentiale würden durch die CCS-Infrastrukturmaßnahmen, CO₂-Verpressung, sowie Leckagen und weitere daraus folgende Belastungen und Verschmutzungen gefährdet und zerstört. Kostbare, intakte natürliche Kohlenstoffspeicher und CO₂-Senken zu zerstören statt zu schützen ist auch mit Blick auf die jüngste Advisory

¹ <https://iogpeurope.org/wp-content/uploads/2023/09/PFAS-regarding-CCS-paper.pdf>

² https://www.greenpeace.de/publikationen/PFAS_Meeresschaum_Bericht.pdf

³ <https://www.nature.com/articles/s41559-017-0195>;

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/nachhaltigkeit-strategien-internationales/antarktis/das-umweltbundesamt-die-antarktis-unterwasserlaerm-airguns-der-unterschaetzte-stoerfaktor#storender-unterwasserschall>;

https://www.oceancare.org/wp-content/uploads/2022/05/Underwater-Noise-Pollution_Impact-on-fish-and-invertebrates_Report_OceanCare_EN_36p_2018.pdf;

<https://www.cms.int/en/publication/best-available-technology-bat-and-best-environmental-practice-bep-mitigating-three-noise>

⁴ Krupp, Ralf E. Geologische Risiken der CO₂-Verpressung in der Nordsee. 03/2025

<https://www.greenpeace.de/publikationen/20250502-greenpeace-studie-ccs-risiken-nordsee.pdf>

⁵

https://www.wissenschaftlicher-beirat-fuer-natuerlichen-klimaschutz.de/wp-content/uploads/WBNK_Stellungnahme>Weiterentwicklung_ANK.pdf

Opinion des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag vom 23. Juli 2025 angesichts des Klimarisikos durch akkumulierende Treibhausgase absolut nicht im Einklang mit dem Vorsorgeprinzip und der staatlichen Verpflichtung erheblichen Schaden abzuwenden.⁶

CO₂-Deponierung wird laut KSpTG auch in der Pufferzone rund um Meeresschutzgebiete ermöglicht

Unabhängig von unserer vollständigen Ablehnung der Änderungsvorschläge ist es besonders problematisch, dass der aktuelle Gesetzesentwurf des KSpTG die Deponierung von CO₂ auch in der Pufferzone rund um Meeresschutzgebiete ermöglicht, indem der Bedarf an CO₂-Endlagern dem Meeresschutz übergeordnet wird. So heißt es, dass der vorgesehene Mindestabstand von acht Kilometern zu CO₂-Endlagern nicht gelte, falls festgestellt werde, dass "die nach diesem Gesetz zur Verfügung stehenden Speicherkapazitäten nicht ausreichend sind und daher im Bereich der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels auszuweiten sind." Dieser Mindestabstand wäre unbedingt erforderlich, um schwerwiegende Schäden durch CO₂-Leckagen in Meeresschutzgebieten zu verhindern, da die unterirdische Ausbreitung von CO₂ nicht genau vorausgesagt werden kann. Bereits die Erkundung von Endlagerstätten für CO₂ durch Schallkanonen ist äußerst invasiv und damit der Nähe von Meeresschutzgebieten nicht zumutbar.

Bei den von der Bundesregierung vorgesehenen, uneingeschränkten Anwendungsbereichen von CCS ist es somit wahrscheinlich, dass auch in und unter Meeresschutzgebieten CO₂-Deponien entstehen werden, wenn das HSEG dies nicht explizit ausschließt. Denn die vom GEOSTORE-Forschungsverbund ermittelten Endlagerkapazitäten vor allem in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) in der Nordsee sind in ihrer Speicherkapazität und Injektionsrate deutlich überschätzt.⁷ Weitere Unwägbarkeiten, wie die Erosion von Barrieregestein und die potenzielle Mobilisierung klimaschädlicher Substanzen wie Methan bleiben weiterhin unberücksichtigt. Um dem Schutzgedanken des HSEG Rechnung zu tragen, muss in aktuell ausgewiesenen wie auch in weiteren, zukünftig ausgewiesenen Meeresschutzgebieten der gesamte Endlagerkomplex einschließlich seines erweiterten Einwirkungsbereichs von der CO₂-Verpressung ausgenommen werden. Allein den Injektionsort von Kohlendioxid in Meeresschutzgebieten auszuschließen reicht bei Weitem nicht aus und kann nur als Alibi-Maßnahme gewertet werden.

Für eine Gefahrenabschätzung fehlen die Grundlagen - Dies untergräbt das Vorsorgeprinzip

Die angestrebte Änderung des London-Protokolls eröffnet einen potenziell riskanten Transportweg per Schiff oder Pipeline, ohne dass eine vollständige Risikobewertung stattgefunden hat. Der Schiffstransport ist beispielsweise in der CCS-Direktive nicht geregelt. Die Änderung enthält auch keine eigenständigen Bestimmungen zur Zuweisung von Verantwortung bei CO₂-Leckagen im Transit oder in Drittstaaten. Es ist auch nicht geregelt, wer im Fall grenzüberschreitender CCS-Projekte die Nachsorgepflichten übernimmt. Dies ist unvereinbar mit dem Vorsorgeprinzip.

⁶ <https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/187/187-20250723-sum-01-00-en.pdf>

⁷ ebd.

Die mangelnde Sicherheitsvorsorge ist, unabhängig von der Ablehnung von uns und über 100 weiteren Organisationen, Expert*innen und Bürgerinitiativen⁸, angesichts bekannter Risikofaktoren unverantwortlich.

In den USA wurden 113 Unfälle an CO₂-Pipelines zwischen 2004 und 2021 dokumentiert⁹. Im Jahr 2024 wurde bekannt, dass die CO₂-Deponie in Decatur, Illinois, betrieben vom Konzern ADM, mehrfach und wiederholt leck geschlagen war und das Trinkwasserreservoir der Stadt gefährdete. 150 Organisationen forderten daraufhin ein CCS-Moratorium.¹⁰ Ursache der Lecks war der üblicherweise an Bohrstellen verbaute Stahl minderer Qualität, der durch die aus CO₂ und Wasser entstehende Kohlensäure korrodierte.¹¹

Es stellt sich die Frage, welche Flächen in der Nordsee aufgrund korrosionsanfälliger alter Stähle in den Bohrlöchern großräumig gemieden werden müssten? Die Forschung zu dem in den über 15.000 Bohrlöchern der Nordsee verwendeten Stahl läuft gerade erst an. Eine Dichtigkeit der Altbohrungen gegenüber Erdgas lässt keinerlei Rückschlüsse auf die Dichtigkeit gegenüber CO₂ zu.

Die Regelung im KSpTG der Selbstüberwachung durch Öl- und Gaskonzerne ist wegen offensichtlicher Interessenskonflikte absolut unzureichend

Verunreinigungen des CO₂-Gases haben ebenfalls Auswirkungen auf Korrosion. Die Diskussion über den Reinheitsgrad des in den Pipelines zu transportierenden und zu verpressenden CO₂ ist noch am Anfang. Die europäische Normierungsorganisation EU CEN, die sich mit der Sicherheit von CO₂-Pipelines befassen soll, hat gerade darauf hingewiesen, dass wegen der Verunreinigungen in den Abgasen mit einer schwer beherrschbaren Korrosionsrate der verbauten Stähle von 1 cm/Jahr zu rechnen ist, und daher die Entwicklung von Sicherheitsstandards auf Juli 2026 verschoben.¹² Damit ist zur Zeit weder eine Gefahrenabschätzung möglich, noch kann eindeutig definiert werden, für welche CO₂-Ströme eine Genehmigung überhaupt gelten soll. Vor einer Gesetzesänderung ist eine dahingehende Bestandsaufnahme und Gefahrenabschätzung erforderlich.

Im CCS-Projekt Sleipner in Norwegen wurden die CO₂-Ströme rund vier Jahre lang zu hoch angegeben. Weder die Betreiberin Equinor, noch die zuständige Aufsichtsbehörde sind ihren Überwachungspflichten nachgekommen.¹³ Vor einer Freigabe von CO₂-Exporten müsste sichergestellt werden, dass die Überwachung einwandfrei gewährleistet ist.

⁸ [Offener Brief gegen CCS mit Unterzeichnenden](#)

⁹ <https://www.mdpi.com/1996-1073/17/16/3943>

¹⁰ [150 Groups to EPA: Halt Permitting of Carbon Injection Wells After Dangerous Leaks at Nation's First CCS Facility | Food & Water Watch](#)

¹¹ Snider, Annie, Lefebvre, Ben: Carbon storage projects hit a hurdle: Corroding steel; Energywire, 10/09/2024

¹² European Committee on standardisation delaying standards for CO₂ pipelines to July 2026 over corrosion concerns

https://www.co2cz.cz/media/attachments/2025/06/26/prodlouzeni_tc474wg1_open_letter_2025_06_1_2.pdf

¹³ [Norway's Equinor Admits It 'Over-reported' Amount of Carbon Captured at Flagship Project for Years - DeSmog](#)

CCS wird nicht nur für Restemissionen, sondern für alle CO₂-Emittenten ermöglicht

Im Gesetz wird zwar als Ziel definiert "vor allem technisch schwer oder nicht vermeidbare CO₂-Emissionen mit modernen Technologien abzuscheiden, bevor sie in die Atmosphäre gelangen", aber nicht definiert, um welche schwer oder nicht vermeidbaren Emissionen es sich schlussendlich handeln wird. Dieser Nutzungsbegrenzung widerspricht zudem der Gesetzesentwurf für das KSpTG, in dem eine solche Einschränkung der Anwendung von CCS weder angestrebt noch verankert wird. Allen interessierten Industriekunden soll der Zugang zur CO₂-Transportinfrastruktur diskriminierungsfrei zugestanden werden.

Die Anwendung von CCS im Energiebereich wird im Gesetzesentwurf nicht ausgeschlossen, namentlich an Gaskraftwerken. Der Import und Transit von CO₂ jeglicher Quelle, auch aus der Kohleverstromung anderer Staaten, wird gebilligt. Die Öffnung internationaler CO₂-Transporte und -Märkte wird jedoch als Anreiz dienen, Emissionen weiter zu produzieren, anstatt sie zu vermeiden. Große Emittenten könnten sich durch das Versprechen späterer Offshore-Deponierung von notwendigem Produktionsumbau "freikaufen".

Oberstes Ziel muss die schnellstmögliche Beendigung von CO₂-Emissionen sein

Im Sinne des Pariser Klimaschutzabkommen muss oberstes Ziel sein, die Entstehung von CO₂-Emissionen – gerade auch in der Industrie – geordnet, aber schnellstmöglich zu beenden, statt sich auf Aktivitäten in der Zukunft zu verlassen. Denn ob CCS tatsächlich einen nennenswerten Beitrag zur Senkung des Treibhausgasausstoßes leisten wird, ist ungewiss und nicht erwiesen. Sicher ist, dass CCS zusätzliche Emissionen verursacht und CO₂-Emissionen nur teilweise erfasst. Aktuell hat die Fokussierung von Gesetzgeber und Industrie auf CCS vor allem zur Folge, dass der notwendige Umbau der Industrie hin zu CO₂-freien Produkten und Produktionsprozessen, insbesondere die direkte Elektrifizierung von Industrieprozessen¹⁴, aufgeschoben oder ausgebremst wird.

Die CO₂-Verpressung kann schon allein wegen der mangelnden Verfügbarkeit keinen Beitrag zur Energiewende leisten. CCS-Projekte werden aus wirtschaftlicher, rechtlicher und technischer Perspektive als unsicher und riskant bewertet. Die lange Geschichte von CCS zeigt: 88% dieser Projekte sind gescheitert.¹⁵

¹⁴

¹⁴<https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/elektrifizierung-europas-vergesseneoption-zur-dekarbonisierung-der-industrie/>

¹⁵ FossilExit Research Group: CCS in Deutschland: Chancen, Kosten und Risiken einer CCS basierten Carbon-Management-Strategie, 2024 (S.i)

Die Erweiterung der zulässigen Methoden zur Erforschung des marinen Geoengineerings lehnen wir ab!

Wir sprechen uns gegen jegliche Form des Geoengineerings aus und halten dies insbesondere im Angesicht der wachsenden weltweiten Umweltprobleme für den völlig falschen Weg, da weitere Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen, politische Konflikte oder gar größere Katastrophen nicht auszuschließen sind.

Die Notwendigkeit von Geoengineering-Techniken, von denen man sich die Entnahme von Kohlendioxid aus der Atmosphäre erhofft, ergibt sich insbesondere, wenn man sich darauf verlässt, dass eine höhere Erderhitzung von mehr als 1,5°C ("Overshoot") vorübergehend akzeptabel sei, da man sie durch zukünftig wirksame Techniken in der Zukunft wieder zu senken beabsichtigt.¹⁶ Aktuelle Forschung weist jedoch nach, dass aufgrund von Erdsystem-Feedbacks mit einem solchen Temperaturrückgang nach Overshoot in den erwarteten Zeiträumen nicht zu rechnen ist. Solche auf CO₂-Entnahmen basierende Zielprojektionen sind daher als Entscheidungsgrundlage der Politik ungeeignet. Nur sofortige Emissionsreduktion kann die Klimarisiken eindämmen.¹⁷

Internationales de facto Moratorium gegen Geoengineering

Die UN-Konvention über die biologische Vielfalt (UN CBD) hat viele der ökologischen und sozialen Risiken und Auswirkungen, die durch marines Geoengineering entstehen, bereits vor Jahren thematisiert und 2010 ein de facto Moratorium zu klimabezogenem Geoengineering erlassen. Vor dem Hintergrund, dass die Risiken und Unsicherheiten im Zusammenhang mit Geoengineering-Vorschlägen nur noch größer geworden sind, haben die Vertragsstaaten der CBD bei der COP16 im Oktober 2024 in Kolumbien dieses Moratorium zu klimabezogenem Geoengineering bekräftigt und die Vertragsparteien, zu denen auch Deutschland zählt, aufgefordert, dessen Umsetzung sicherzustellen.¹⁸

Meeresdüngung sollte grundsätzlich verboten werden

Gleichzeitig hat das Londoner Übereinkommen/Londoner Protokoll einen Regulierungsrahmen für marines Geoengineering erlassen, welches bereits die Meeresdüngung, mit Ausnahme legitimer wissenschaftlicher Forschung ohne kommerzielle Zwecke, verbietet. Den im Gesetzentwurf enthaltenen Erlaubnisvorbehalt für Meeresdüngung in der Ergänzung des London-Protokolls zu Forschungszwecken halten wir für hochproblematisch. Es besteht die Gefahr, dass langfristig die kommerzielle Durchführung von Geoengineering doch legalisiert werden könnte. Die Bundesregierung muss sich im Gegenteil durch eine entsprechende Anpassung der nationalen Gesetzgebung gegen Forschungsvorhaben und zukünftige Forschungsförderprogramme im Bereich Geoengineering aussprechen und dies auch international vertreten.

¹⁶ Geoengineering oder Ökologischer Klimaschutz BUND Position Nr.75, 2024 (S.29f)

¹⁷ <https://www.nature.com/articles/s41586-024-08020-9>

¹⁸ 6. bekräftigt die Entscheidung IX/16 C zur Ozeandüngung, Absatz 8 (w) der Entscheidung X/33 und die Entscheidungen XI/20 und XIII/14 vom 9. Dezember 2016 zum klimabezogenen Geoengineering und fordert die Vertragsparteien nachdrücklich auf und ermutigt andere Regierungen, ihre Umsetzung sicherzustellen; (Entscheidung CBD/COP/16/L.24, Cali, Kolumbien, 1. November 2024, eigene Übersetzung)

Bereits Geoengineering-Forschungsprojekte haben signifikante Auswirkungen auf marine Ökosysteme

Geoengineering-Forschung hat bereits direkten und teilweise massiven Einfluss auf die Ökosysteme, wie vielfach belegt ist.¹⁹ Aus vergangenen Freilandexperimenten und existierenden Modellierungen ist bekannt, dass durch das marine Geoengineering großmaßstäbliche und signifikante Auswirkungen und Risiken für die marinen Ökosysteme entstehen. Damit Ansätze des marinen Geoengineerings überhaupt eine Klimawirkung erreichen könnten, müssten sie in praktisch planetarem Maßstab eingesetzt werden, mit entsprechenden Risiken und Auswirkungen in gleicher Größenordnung. Gleichzeitig bestehen gegenüber der Effektivität dieser Ansätze in der wissenschaftlichen Literatur erhebliche Zweifel. Monitoring, Reporting und Verification (MRV) in den Ozeanen sind nahezu unmöglich.²⁰ Aus genau diesen Gründen haben UN CBD und LC/LP gemäß dem Vorsorgeprinzip eine restriktive Regulierung dieser Ansätze erlassen.

London-Protokoll prüft derzeit Regulierung weiterer mariner Geoengineering-Techniken - Deutschland darf dem nicht vorgreifen

Aktuell werden weitere Geoengineering-Techniken, die Auswirkungen auf die Meeresökosysteme haben, geprüft und Schritte zur weiteren strikten Regulierung erwogen: ocean alkalinity enhancement; ocean sinking of biomass for carbon storage; marine surface albedo enhancement involving reflective materials; marine cloud brightening.²¹

Die im Referentenentwurf vorgesehene Erforschung von Methoden des marinen Geoengineerings greift dem zuständigen multilateralen Gremium, dem Londoner Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen und dem Londoner Protokoll vor, das Meeresdüngung bereits verboten hat und an der Regulierung weiterer Ansätze des marinen Geoengineerings, darunter den im Referentenentwurf genannten Technologien, arbeitet.

¹⁹

<https://www.geoengineeringmonitor.org/marine-geoengineering-between-profits-and-climateprotection-our-oceans-are-becoming-an-experimental-field>;

<https://www.science.org/stoken/author-tokens/ST-1072/full>

²⁰

<https://carnegieendowment.org/research/2025/07/geoengineering-assessing-risks-in-the-era-of-planetary-security?lang=en>

²¹ <https://www.imo.org/en/MediaCentre/MeetingSummaries/Pages/LC-46-LP-19.aspx>

Wir fordern, die im Referentenentwurf vorgeschlagene Änderung des Hohe-See-Einbringungsgesetzes aus folgenden Gründen abzulehnen:

- Die geplanten **CO₂-Pipelines und Endlager widersprechen dem Meeresschutz**. Die zusätzliche Belastung durch Infrastrukturausbau, Lärm und Verschmutzung ist für die Nord- und Ostsee nicht mehr tragbar.
- CCS verlängert fossile Geschäftsmodelle, feuert die Klima- und Verschmutzungskrise direkt an und **verhindert die Transformation hin zu CO₂-freien Prozessen, Produkten und einer energie- und ressourcenschonenden Produktionsweise**.
- Deponien im Meer können nicht die Probleme lösen, welche die Menschheit mit der Verbrennung fossiler Brennstoffe erzeugt. Stattdessen muss die **Entstehung von CO₂ in der Industrie und Energiewirtschaft drastisch vermieden werden**. Statt CCS muss alle Kraft in Energieeinsparung und Energiesuffizienz, den naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien bis zu 100%, eine ressourcenschonende Produktion, Kreislaufwirtschaft und Priorität für natürlichen Klimaschutz gesteckt werden.
- Die natürlichen **CO₂-Senken wie feinkörnige Sedimente, Seegraswiesen und Algenwälder müssen dringend besser geschützt** werden. Es ist angesichts des großen Klimarisikos, das durch die sich akkumulierenden Treibhausgase weiter steigt, mit internationalen Verpflichtungen und dem Vorsorgeprinzip absolut nicht vereinbar, intakte natürliche Kohlenstoffspeicher und CO₂-Senken zu zerstören.
- Die langfristigen, mittelbaren und unmittelbaren Folgen und die Tragweite einer bewussten **Veränderung der Erdsysteme durch Geoengineering** sind unkontrollierbar, da das wissenschaftliche Verständnis der Funktion des planetaren Ökosystems als Ganzes sowie seiner Subsysteme unzureichend ist. **Eine Manipulation der Erdsysteme durch derart massive Eingriffe ist unverantwortlich**. Die rechtlichen Grundlagen inkl. der Haftung im Schadensfall bleiben insbesondere aufgrund grenzüberschreitender Auswirkungen unklar.
- Um ein gerechtes, gesundes und umweltfreundliches Leben auf dem Planeten über Generationen hinweg zu gewährleisten, brauchen wir **nicht noch mehr, sondern weniger Eingriffe in die Öko- und Erdsysteme** (wie die Ozeane, die Atmosphäre, den Kohlenstoff- oder den Wasserkreislauf). Die wissenschaftliche Erforschung der Erdsysteme und Ozeane muss unabhängig von wirtschaftlichen Nutzungsinteressen gefördert und ausgebaut werden.
- Die deutschen **Meere leiden schon jetzt unter den übermäßigen Einträgen von Nährstoffen aus Landwirtschaft und Schifffahrt**. Eine zusätzliche Ozeandüngung wäre unverantwortlich.
- Die Bundesregierung, die die London Convention/London Protocol unterzeichnet und ratifiziert hat, sowie Mitglied der UN-Biodiversitätskonvention ist, sollte **der multilateralen und evidenzbasierten Regulierung dort nicht vorgreifen und keine Schritte unternehmen, die marines Geoengineering ermöglichen**.
- Der Einsatz von **Dispergatoren bei Ölunfällen hat unüberschaubare schädliche Auswirkungen auf die Meeresumwelt**. Anstatt ihren Einsatz zu vereinfachen, sollte auf die Ursachenbekämpfung von Ölunfällen fokussiert werden.
- Statt einer weiteren Industrialisierung der Meere brauchen wir die **Ausweisung von Meeresschutzgebieten** mit effektiven Managementstrategien und Zonierungskonzepten mit ungenutzten Bereichen auf Basis transparenter und partizipativer Verfahren, sowie effektive Kontroll- und Sanktionsmechanismen für ihre Umsetzung.